

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1986)
Heft: 3: Lichtblick in der Energiepolitik?

Artikel: Eine? Zwei? Oder gar keine? : Initiativen : Schluss damit!
Autor: Aldrovandi, Mario / Flüeler, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586682>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine?
Zwei?
Oder gar keine?

Ob zivile oder militärische Nutzung – die Atomkraft in der Hand des Menschen gilt es zu bekämpfen. Der Kampf dauert seit Jahren, ist aber nach «Tschernobyl» in eine neue Phase getreten. Eine neue Atominitiative ist lanciert, eine weitere wird es demnächst, aber auch nicht-konventionelle Aktivitäten sind im Gang. Mario Aldrovandi sichtet die Situation.

Initiativen



Bereits im Februar 1985, ein halbes Jahr nach der Abstimmungsniederlage der «Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», fand in Rheinfelden ein Symposium über das künftige Vorgehen auf dem Weg aus der Atomfalle statt. Wie so oft, wenn eine Bewegung keine anderen Perspektiven anbietet, wurde auch die Frage nach einer neuen Initiative gestellt.

Bereits einen Tag nach der Abstimmungsniederlage vom September 1984 hatte die POCH von einer solchen Initiative geredet. Doch auch ein halbes Jahr nach dieser Niederlage fand die Bewegung keinen Gefallen an einem erneuten Sammeln von über hunderttausend Unterschriften.

Ursula Koch, damals noch Geschäftsführerin der SES, welche organisatorische Hauptträgerin der Initiativen war, wollte zuerst die Abstimmungsrechnung beglücken sehen. Andere, eher bewegungsorientierte Organisationen wie die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst) warnten aus grundsätzlichen Gründen vor einer neuen Initiative (inhaltliche Probleme einer neu-

en Initiative, Geld- und Zeitverschleiss, Gefahr der Demobilisierung, erneute Niederlage).

Da keine genügend starke Organisation eine neue Initiative starten wollte, wurde das Projekt auf Eis gelegt. Bis zum Spätherbst 1985.

Die Moratoriums-Initiative

In einer Vernehmlassung bei gegen hundert Organisationen, Gruppen und Grüppchen versuchte das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) die Möglichkeiten einer dritten Initiative auszuloten. Drei Varianten wurden vorgeschlagen: die Einführung eines fakultativen oder obligatorischen Referendums zu jeder Rahmenbewilligung für eine Atomanlage, die obligatorische Abstimmung der betroffenen Regionen über Bau- und Inbetriebnahmebewilligung (ähnlicher Vorschlag wie 1979) oder eine mehrjährige, in der Verfassung verankerte Denkpause, ein Moratorium für den Bau von atomaren Energieanlagen.

Beim ersten Durchgang hielt sich die Begeisterung der angesprochenen Organisationen in Grenzen. Von 94 angeschriebenen Organisationen sprachen sich gemäss Nationalrat Alexander Euler, dem Präsidenten des NWA, 51 für eine neue Initiative aus. Die SES schrieb am 11. März zuhänden des NWA: «Wenn unbedingt eine Initiative lanciert werden muss, sollte es unserer Meinung nach eine Referendums-Initiative mit einer Übergangsbestimmung sein, mit rückwirkender Wirkung auf den 1. 1. 1985» (dies wegen Kaiseraugst).

Eine zweite Vernehmlassung, welche vor der Katastrophe von Tschernobyl begann und bis Ende Mai dauerte, brachte eine Mehrheit zugunsten des Moratori-

ums. Von 100 befragten Organisationen gaben 53 dieser Initiativvariante den Vorzug.

Am 14. Juni bereinigten 36 Organisationen den Initiativtext (siehe Kasten). Die Unterschriftensammlung begann am 1. September. Gemäss Alexander Euler wird das Moratorium-Begehren von den Uebas Zürich, Graubünden und Bern, der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst, dem Landesring, der SP Basel, der Grünen Partei Schweiz – die sich als einzige Partei von der Göggen-Demonstration im Juni distanzierte – und der POCH unterstützt. Ebenfalls vertreten sind die Gesellschaft für Umweltschutz, der Bund für Naturschutz und das Öko-Zentrum Langenbruck.

Die Kritik, dass diese Initiative jetzt «nach Tschernobyl» zu wenig weit geht oder dass es sich ja nur um eine «Anti-Kaiseraugst-Initiative» handele, weist Alexander Euler vehement zurück: «Erstens nutzt es uns nichts, wenn wir jetzt nur an Tschernobyl denken, wir müssen die mögliche politische Situation in fünf Jahren miteinbeziehen. Zweitens wäre ein Sieg dieser Initiative nicht nur das Ende für Kaiseraugst, sondern auch für Graben, Verbois, Inwil, Beznau III oder Göggen, Mühleberg und Leibstadt II.» Die «Ausstiegs-Initiative der SP» soll gemäss Euler «nicht bekämpft werden», doch zeigt er keine grosse Begeisterung zur Unterstützung. Eine Beteiligung des NWA an dieser Initiative wird auf jeden Fall ausgeschlossen.

Die Atomausstiegs-Initiative

Wie bereits im Artikel «Energiepolitische Morgenröte?» erwähnt, ist der Vorschlag der SPS für eine «Ausstiegs-Initiative» in kurzer Zeit zustande gekommen. Nach der Katastrophe von

Tschernobyl wurde der Vorschlag des Moratoriums von vielen Seiten (SP, POCH, SAP, SES) als zu wenig weitreichend kritisiert.

Bereits am 22. Mai forderten die vier grossen Umweltschutzorganisationen WWF, Bund für Naturschutz, Gesellschaft für Umweltschutz und die SES den Ausstieg aus der Atomwirtschaft bis etwa zur Jahrtausendwende.

An der Jahresversammlung der SES wurde Ende Juni die Forderung nach dem Ausstieg bekräftigt: «Die bestehenden Atomkraftwerke sind – ohne Nachrüstung – stillzuliegen, ohne dass auf andere umweltbelastende Energieträger oder die Nutzung der noch frei fliessenden Gewässer ausgewichen wird.»

Entsprechend der veränderten Situation «nach Tschernobyl», beschloss der SPS-Parteitag vom 21. Juni in Lausanne die Lancierung einer Atomenergie-Ausstiegsinitiative. Mit dem unterdessen mehrfach abgeänderten Text (siehe Kasten) werben die Sozialdemokraten seither um die Unterstützung dieser Initiative. Gemäss Parteitagbeschluss «lädt die SPS alle Arbeitnehmerorganisationen, AKW-Gegner-Vereinigungen, Umwelt- und Konsumenten-Organisationen sowie die fortschrittlichen Parteien ein, diese Initiative zu unterstützen und zum Erfolg zu führen».

Dass die SPS von einem Führungsanspruch ausgeht, zeigte sie in der Folge mit ihrer selektiven Einladungspraxis. Neben dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund wurden zuerst Umweltschutz- und Konsumenten-Organisationen eingeladen – insgesamt aber nur Verbände, welche national organisiert sind.

In einem zweiten Schritt folgte die Einladung an die Parteien. Hier wurden

nur Parteien berücksichtigt, welche im Nationalrat vertreten sind.

Erst in einem dritten Schritt sollen die Bürgerinitiativen, auch jene aus der Nordwestschweiz, eingeladen werden. Die SPS hofft, dass bis dahin das Initiativkomitee konstituiert und die Lancierung der Initiative eine beschlossene Sache ist.

Eine weitere Kritik (die SP hätte den Inhalt und das Vorgehen bezüglich Initiative zuerst mit der gesamten Anti-AKW-Bewegung diskutieren sollen) stösst bei den verantwortlichen SP-Funktionären auf taube Ohren. Sekretär Metral: «Wir sind eine mündige Partei und haben es nicht nötig, das Ja von anderen Organisationen einholen zu müssen», die Unterschriftensammlung werde beginnen, sobald die Infrass-Studie für ein aktualisiertes Ausstiegsszenario vorliege. Auch SPS-Sprecher Schiesser meinte noch Ende Juli, dass es «einfach Quatsch» ist, wenn man erwarde, dass die SPS die Lancierung zugunsten einer Diskussion mit der Bewegung hinauszögere. Gerade diese Verzögerung gibt es jedoch ohnehin, denn mit der Lancierung der Ausstiegs-Initiative kann frühestens am 6. Oktober begonnen werden.

Aber auch dann werden noch nicht alle angesprochenen Organisationen einen gültigen Beschluss gefasst haben. Am 12. August, als die erste Diskussionsrunde mit nationalen Organisationen stattfand, fehlten Vertreter sowohl aus der Westschweiz wie auch aus dem Tessin. Im weiteren wurde bekannt, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund erst an seinem Kongress im November einen Beschluss fassen will, (wobei die Chancen für die Unterstützung relativ

gross sind, denn der entsprechende Antrag wurde vom Metall- und Uhren-Arbeiterverband SMLUV gestellt). Der WWF wartet die Ergebnisse der Tschernobyl-Sondersession ab. Keine Unterstützung kommt vorläufig vom Bund für Naturschutz, und auch die Konsumentenschutz-Organisationen sind (noch) nicht für eine Teilnahme im Initiativkomitee zu haben. Zustimmung signalisiert haben die AKW-Gegner Zürich, die Jungsozialisten und der Partito Socialista Autonomo (PSA). Der Landesring und die Gesellschaft für Umweltschutz unterstützen beide Initiativen. Der Stiftungsrat der SES hat am 9. September beschlossen, welche oder ob beide Initiativen unterstützt werden sollen (siehe Kasten in «Forum» auf Seite 2).

Ausstieg aus der Atomenergie

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt: Art. 24 quinquies Abs. 3–5 (neu, Entwurf):

¹ In der Schweiz dürfen keine weiteren Anlagen zur Erzeugung von Atomenergie und keine Anlagen zur Bearbeitung von Kernbrennstoffen in Betrieb genommen werden. Die bestehenden Anlagen dürfen nicht erneuert werden. Sie sind so rasch als möglich stillzuliegen.

² Um eine ausreichende Stromversorgung sicherzustellen, sorgen Bund und Kantone dafür, dass elektrische Energie gespart, besser genutzt und umweltverträglich erzeugt wird. Natürliche Gewässer und schutzwürdige Landschaften dürfen durch neue Wasserkraftwerke nicht beeinträchtigt werden.

³ Zum gleichen Zweck fördert der Bund die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von dezentralen umweltverträglichen Energieanlagen.

Stopp dem Atomkraftwerkbau

Übergangsbestimmung Bundesverfassung Art. 19 (neu):

Für die Dauer von zehn Jahren seit der Annahme dieser Übergangsbestimmung durch Volk und Stände werden keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen gemäss Bundesrecht für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie (Atomkraftwerke oder Atomreaktoren zu Heizzwecken) erteilt. Als neu gelten derartige Einrichtungen, für die bis zum 30. September 1986 die bundesrechtliche Baubewilligung nicht erteilt worden ist.

Ende Juni schrieb «die Vollversammlung zum Widerstand gegen die Atomgesellschaft, St. Gallen,» einen offenen Brief an das NWA und die SPS: «Um es gleich vorwegzunehmen: weder das NWA noch die SPS repräsentieren die Anti-AKW-Bewegung. Wir lehnen jeden Versuch ab, auf dem Rücken der wiedererstarkten Anti-AKW-Bewegung irgendwelche Partikular- oder Parteiinteressen durchzusetzen. Es darf auf keinen Fall durch die Lancierung von Volksinitiativen zu einer Spaltung der Bewegung kommen! (...) Die sanktgallischen AKW-GegnerInnen fordern alle Anti-AKW-Organisationen auf, zuerst eine breite Diskussion über den Sinn und die Chancen einer neuen Volksinitiative einerseits und die Widerstandsmöglichkeiten ausserhalb des institutionalisierten Bereiches andererseits zu führen. (...) Bis dahin setzen wir uns für ein «Moratorium für Atominitiativen» ein.»

Dieses «Moratorium» wurde von den verantwortlichen Stellen nicht respektiert. Um eine Spaltung der Bewegung zu verhindern, haben sich unterdessen viele Organisationen für eine «Doppel-Unterstützung» entschieden. Andere Gruppen wie die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst) wollen weder von der einen noch von der anderen Initiative etwas wissen.

Schwachstelle Stromrechnung

Nicht zum erstenmal versuchen Teile der Anti-AKW-Bewegung durch erschwerte Bezahlung der Stromrechnungen politischen und wirtschaftlichen Druck aufzusetzen:

- Die POCH Zürich fordern die Stromkonsumenten auf, die fälligen Rechnungen nicht mehr mit den Computer-Einzahlungsscheinen, sondern mit *grünen Einzahlungsscheinen* zu bezahlen. Interessierte Leute aus der Stadt Zürich können bei den POCH entsprechende Einzahlungsscheine beziehen. Kontakt: POCH, Freystrasse 20, 8004 Zürich.

- Einen *teilweisen Stromzahlungsboykott* schlägt die GAGAK vor. Ein Drittel der Stromrechnung soll auf ein Sperrkonto einbezahlt werden. Die Verwaltung dieses Kontos obliegt einem speziell einzurichtenden Sekretariat, welches auch die politische Kampagne leitet. Sofern gewünscht, sollen die einbe-

zahlten Gelder wieder zurückbezahlt werden. Mit dem übriggebliebenen Rest werden allfällige Prozesskosten bezahlt. Kontakt: GAGAK, Postfach 66, 4123 Allschwil.

Ziviler Ungehorsam

Nach der Abstimmungs-Niederlage 1984 diskutierte der verbliebene aktive Teil der Bewegung die Möglichkeiten von Aktionen zivilen Ungehorsams. So schlug zum Beispiel die GAGAK vor, sich mit der Möglichkeit von Zollsperren, Autobahnblockaden, Schulstreiks und weiträumigen Besetzungs-Aktionen vertraut zu machen. Die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) propagierte Aktionen wie Abstimmungs-Boykott, erschwerte Stromeinzahlungen, Dienstbüchlein abgeben, Boykott der direkten Bundessteuer oder den gewaltlosen gewaltfreien Körperinsatz bei Besetzungen.

Sofort aussteigen!

In einem offenen Brief von Mitte August beantworteten die Schweizerischen Jungsozialisten (Juso) ein Schreiben der Schweizerischen Informationsstelle für Kernenergie (SIK):

«In einem Schreiben fordern Sie die Juso auf, darzulegen, wie sich die Juso einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie vorstellen. (...) Weiter fordern die Juso unabhängig von einer sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke eine mindestens so hohe finanzielle Unterstützung des Bundes für die Erforschung alternativer Energiequellen wie für die Erforschung der Kernenergie (...).

Von den schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften verlangen die Juso, dass die Elektrizitätsgesellschaften Strom aus alternativen und privaten Energieproduktionen zu mindestens kostendeckendem Preis aufkaufen und sich vor allem in dieser Frage weniger zeigen (...). Für ein solches Verhalten gibt es weder technische Hindernisse noch andere unbegründete Sachzwänge. Die Juso sind der Meinung, dass ein so-

fortiger Ausstieg aus der Kernenergie in der Schweiz unbedingt möglich und auch vollziehbar ist. Die Juso bestreiten nicht, dass ein solcher Ausstieg sicher einiges an Flexibilität und Ideenreichtum braucht. Offenbar besteht aber beides gerade bei der Schweizerischen Informationsstelle für Kernenergie nicht (...).»

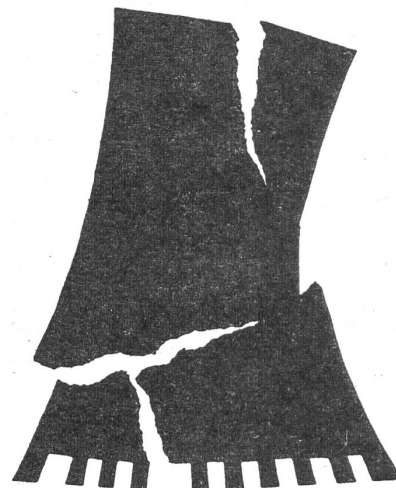
Gösgen sofort stilllegen!

«Der Kanton hat beim Bund eine Ständesinitiative mit folgendem Inhalt ohne Verzug einzureichen: Den eidgenössischen Räten wird hiermit beantragt; dem Kernkraftwerk Gösgen die Rahmen- und Betriebsbewilligung zu entziehen, d.h. es sofort stillzulegen.»

Damit die Initiative zustande kommt, sind 4000 Unterschriften notwendig. Bis Mitte August war die Hälfte der Unterschriften gesammelt. Unterstützt wird die Kampagne durch die AKW-GegnerInnen Olten (AGRO), Ueba Aargau/Solothurn, VAA Wasseramt, SAP Olten. Kontakte: Initiativkomitee für die Stilllegung des AKW: Gösgen, Postfach 505, 4502 Solothurn.

AKW Mühleberg: Stecker raus!

Auch nach der Wiederinbetriebnahme des AKWs Mühleberg wird die nach «Tschernobyl» entstandene Berner AKW-GegnerInnen-Gruppe die Kampagne «Mühleberg abschalten - Atomlobby endlagern» weiterführen. Im Juli hat die Gruppe, der sich unterdessen die Gewaltfreie Aktion Bern (GAB) angeschlossen hat, die Broschüre «Von der Atomruine zum Atomruin» veröffentlicht. Darin wird unter anderem die Ge-



DER ANDERE WIDERSTAND

schichte des AKWs Mühleberg dokumentiert. Ausserdem befassen sich einige Artikel mit der politischen Landschaft nach «Tschernobyl» und den Konsequenzen für die Stilllegungs-Kampagne. Eine dieser Konsequenzen ist eine Kampagne mit offenen Briefen an den Berner Regierungsrat. Kontakt: Aktion Mühleberg stilllegen, c/o GAB, Postfach 4050, 3001 Bern.

Die Berner Regierung verfügt über 71 Prozent der Aktien der Berner Kraftwerke AG (BKW). Das AKW Mühleberg ist hundertprozentiger Besitz der BKW. Der mehrheitlich aus Vertretern der SP und der Freien Liste zusammengesetzte Berner Regierungsrat hat die Kompetenz, über die Aktionärsversammlung und über Weisungen an ihre Vertreter im Verwaltungsrat die Stilllegung von Mühleberg durchzusetzen. Eine entsprechende Motion wurde im Juni als dringlich erklärt, wird nun aber – nach einigen Ränkespielen des Berner Regierungsrates – erst im November behandelt. Kontakt: Daniele Jenni, Münsterstrasse 51, 3011 Bern.

SchülerInnen-Petition

«Stilllegung aller AKW; Stopp dem gesamten Atomprogramm; Förderung einer umweltverträglichen Energiepolitik, die AKW: überflüssig macht.» Für diese Forderungen werden an Schulen Petitions-Unterschriften zuhanden des Bundesrates gesammelt. Die Sammelfrist wurde bis Ende September verlängert. Kontakte: Aktionskomitee für eine bessere Umwelt (ABU), Postfach, 4002 Basel.

Ausstieg aus der Atomwirtschaft

Eine Stadtzürcher Volksinitiative wurde von der SP Zürich-Stadt lanciert. Realisiert werden soll eine Senkung des Stromverbrauchs. Neue Beteiligungen an Atomkraftwerken im In- und Ausland werden ebenso abgelehnt wie der Bezug von atomarer Fernwärme. Bestehende Verpflichtungen «sind in jenem Ausmass rückgängig zu machen, in welchem die entsprechende elektrische Energie nicht oder nicht mehr für die eigenen Bedürfnisse der Stadt, ihrer Bewohner und der in ihr tätigen Betriebe benötigt wird». Trotz dieses Gummi-Paragraphen ist diese Initiative erfolgreich: bereits nach 6 Wochen waren über 8000 Unterschriften, somit das Doppelte der benötigten Unterschriften beisammen. Kontakt: SP der Stadt Zürich, Morgartenstrasse 2, 8004 Zürich.

Kongress: Wie legen wir die AKWs still?

Nach der technisch-ökonomischen Tagung vom September soll im Spätherbst ein nationaler Kongress über die politische Machbarkeit des Ausstiegs stattfinden. Die Organisatoren, welche bereits in der Leitung der Gösigen-Demonstration waren, stellen sich vor, dass dieser Kongress zu einem Forum nichtparlamentarischer Aktionen werden kann. Kontakt: Hp. Gysin, Bechburgerstrasse 3, 4053 Basel.

Allseits diesseits der Sachzwänge

«Natürlich, kennen wir. Das ist doch der Beitrag der Umweltorganisationen zur Gesamtenergiekonzeption.» Um die Studie «Jenseits der Sachzwänge» aus dem Jahre 1978 geht's. Sicher reagieren viele ähnlich, wenn man sie auf diese bahnbrechende Arbeit anspricht.

Sie ist mir in den letzten Wochen und Monaten öfters durch den Kopf gegangen, und dabei habe ich mir gedacht: Wir sind immer noch jenseits. Der Vorfall von Tschernobyl sei «ein schlimmer Fleck im Reinheft der Kernenergie», gesteht wohl Alain Colomb, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Kernenergie. Und doch (logisch): «Es ist trotz Tschernobyl noch immer das Beste, was es im Energiebereich gibt.» Oder Hans Blix, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): «Meiner Ansicht nach hat die Kernenergie in vielen Ländern jene Schwelle längst überschritten, bei der noch eine Umkehr möglich war. (...) Die Bhopal-Katastrophe mit 2000 Toten hat die chemische Industrie nicht gestoppt, sie ist unentbehrlich. (...) Die Kernenergie (...) wird auch nicht gestoppt werden.»

Und so weiter. CO₂-Problem ohne Atomkraft. Kühles Bier oder zehn Prozent weniger Strom. Langsam beginnt man sich auf der «Gegenseite» wieder vom Schock zu erholen. Und auf «unse-

Tagung: Ausstieg aus der Kernenergie – jetzt oder nie!

Am 27. September wird im HTL-Technikum Windisch/Brugg eine ganztägige Veranstaltung zum Ausstieg aus der Atomenergie stattfinden. Referate und Diskussionsbeiträge sollen vor allem die technischen und wirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit einem Ausstieg aus der Atomenergie beleuchten. Konkret werden die Referenten – darunter Pierre Fornallaz vom Öko-Zentrum Langenbruck – zu folgenden Bereichen Stellung beziehen: gegenwärtige Gefahrensituation, Stilllegung ja oder nein? Zeitliche Dimension eines Ausstiegs, ökonomische Voraussetzungen bzw. Folgen; Alternativen in der Produktion und Konsumation elektrischer Energie. Organisiert wird die Tagung von der Gruppe Grüne Aargau. Kontakt: M. Ort, Milchgasse 17, 5000 Aarau.

rer» Seite? Lanciert man zwei Initiativen. Die einen, weil sie schon über ein halbes Jahr an der Vernehmlassung waren; die andern, weil ein Aussteigen auf der Hand liegt und der Parteitag bevorstand.

Kein Zurück möglich. Beschluss ist Beschluss. Ein Einstieg in die Denkpause war nicht möglich. Die versprochene «möglichst breite» Diskussion wird vertagt.

In der Sache sind wir uns ja einig. Da seien aber nun mal politische Sachzwänge. Sachzwänge? Werden das all die Verunsicherten, all die Väter und Mütter verstehen? Ich hoffe es. Ich hoffe, dass das «antinukleare Protestpotential» (NZZ) in den kommenden Unterschriftensammlungen nicht verwirrt und in vier Jahren erneut mobilisiert werden kann. Vielleicht sind es die gleichen, denen die kantonalen Regierungsräte ein Stromspargesetz verweigern.

Man kann, man muss auf verschiedenen Schienen fahren. Nur frage ich mich, wieviel Betroffenheit politikerseits die «Neue Nachdenklichkeit n. Tsch.» wirklich ausgelöst hat. Ich frage mich, ob wir es uns leisten können, kleinkariert und überstürzt die Chance «Tschernobyl» zu vergeben. Ich hoffe, dass man auch nach uns unsere Diesseitigkeit verstehen wird.

Thomas Flüeler

PS: Wer diese Aufzählung als Aufruf wertet, ist selber schuld.